

Coronabilanz

Di Fabio

2021

ISBN 978-3-406-77761-5

C.H.BECK

Deutschland geht mit dem Wiederaufbaufonds Einstandspflichten in Höhe von rund 200 Milliarden Euro ein.²⁵⁹ Mit 390 Milliarden Euro werden etwas mehr als die Hälfte der Gelder als Zuschüsse an die Empfänger fließen, während 360 Milliarden Euro als Kredite bereitgestellt werden. Die Auszahlung erfolgt innerhalb der nächsten drei Jahre, und zwar zu 70% in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote und zu 30% auf Basis der wirtschaftlichen Entwicklung der Jahre 2020 und 2021. Weil man Anleihen bei künftigen Generationen nehme, müsse man die finanziellen Mittel nicht nur zur Wiederbelebung der Konjunktur, sondern insbesondere auch zukunftsorientiert einsetzen.²⁶⁰ Zu 30% müssen empfangene Gelder zugunsten des Klimaschutzes verwendet werden.

In Italien wurden schon ein Jahr später – noch bevor überhaupt erste Zahlungen flossen – Forderungen laut, wonach diese Einrichtung zu einer Dauereinrichtung gemacht werden solle, um eine wirkliche Europäische Union zu schaffen. Denn sie gründe auf dem Prinzip der Solidarität, weil die Europäische Kommission Schulden machen könne, die dann über neue Steuern, die internationalen Technologiekonzernen auferlegt würden, wieder refinanziert werden könnten. Der ehemalige italienische Ministerpräsident *Enrico Letta* sagte:

„Italien allein hätte nicht mehr die Fähigkeit, sich auf dem internationalen Markt auf die gleiche Weise zu verschulden wie die 27 Staaten zusammen. Gemeinsam können wir mehr Geld bekommen, zu einem sehr niedrigen Zins.“²⁶¹

KARLSRUHE ALLEIN AUF WEITER FLUR?

Ein vielleicht letzter „Gegenspieler“ zu dieser Entwicklung ist ausgerechnet ein Gericht. Der Weg in die Gemeinschaftverschuldung wird verfassungsrechtlich zum Problem, wenn er verstetigt wird, weil dann die eine Demokratie über Verschuldungsmöglichkeiten verfügt, für die eine oder mehrere andere ohne ihr Zutun haften und somit ein Stück ihrer Freiheit verlieren, ohne darüber konkret im Einzelfall entschieden zu haben. Hier sieht das Bundesverfassungsgericht ein Problem für die Volkssouveränität, die im Budgetrecht des Parlaments einen Kristallisationspunkt findet.²⁶²

„Es dürfen zudem keine dauerhaften völkervertragsrechtlichen Mechanismen begründet werden, die auf eine Haftungsübernahme für Willensentscheidungen

anderer Staaten hinauslaufen, vor allem wenn sie mit schwer kalkulierbaren Folgewirkungen verbunden sind. Jede ausgabenwirksame solidarische Hilfsmaßnahme des Bundes größeren Umfangs im internationalen oder unionalen Bereich muss vom Bundestag im Einzelnen bewilligt werden.“²⁶³

Aber Karlsruhe ist längst in der Defensive. Die Karlsruher Rechtsprechung, die sich darauf berufen kann, die Verfassungsidentität notfalls mit einem Vorranganspruch der Staaten als Herren der Verträge gegenüber dem Spruch von Unionsorganen zu gewährleisten, wird bereits zum Gegenstand eines von der Kommission betriebenen Vertragsverletzungsverfahrens gemacht: Ausgang offen.

PERSPEKTIVEN NACH CORONA

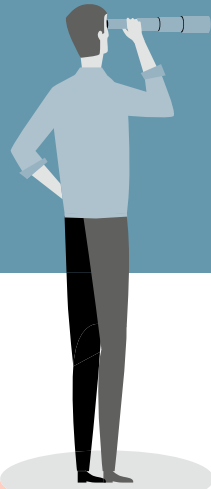
Lässt man die von einzelnen Staaten und der Europäischen Union getroffenen Maßnahmen in der Corona-Pandemie auf sich wirken, so ist insbesondere im Blick auf die Klimakrise zu erwarten, dass keine Rückkehr zur fiskalpolitischen Situation vor 2020 erfolgt. Maßgebliche politische Kräfte drängen auf die Veränderung der nationalen Schuldenbremsen, die Entschärfung europäischer Stabilitätskriterien, die Beibehaltung oder Ausweitung des geldpolitischen Instrumenteneinsatzes, die Erschließung neuer Kreditquellen. Die US-Notenbank und die EZB wollen sich im Falle eines vorübergehenden Corona-Aufholeffekts mit Anstieg der Inflationsrate über 2% mehr Spielraum verschaffen und haben deshalb bereits ihre Eingriffsschwelle mit dem Konzept des „Average Inflation Targeting“ höher gelegt, schon weil zumindest im europäischen Währungsraum ein Eingreifen durch einen Stopp des Anleihekaufprogramms, gar seine Rückführung oder eine Leitzinserhöhung zu Schwierigkeiten bei der Refinanzierung oder Defizitausweitung mancher Staaten führen müsste.

Das alles spricht dafür, dass nicht nur die USA oder Japan, sondern auch die EU immer stärker eine Finanzierung der Staatstätigkeit ermöglichen, und zwar über reguläre Staatseinnahmen hinaus durch Kreditschöpfung und den Einsatz der Notenbankpolitik. Ob am Ende des Tages hier eine systematische Überdehnung und eine zumindest subkutane Inflationierung und Destabilisierung des Währungs- und Finanzsystems erfolgt, wird die weitere Entwicklung zeigen. Europäische und deutsche Schuldenbremsen sind einstweilen ohne Funktion – und trotzdem findet keine Schussfahrt statt in Richtung Inflation oder Staateninsolvenz. Doch was

ist mit längerfristigen Nebenwirkungen? Aufgeblähte Geldmengen – die Bilanzen der Notenbanken haben sich seit 2009 vervierfacht²⁶⁴ – hatten schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie eine spürbare Vermögensinflation verursacht. Ob sich das womöglich zu einer „Corona-Inflation“ ausweiten könnte, ist allerdings angesichts demographischer Stagnationstendenzen eine nicht einhellig geteilte Furcht.²⁶⁵ Dennoch: Die Tendenzen zur Vermögensinflation im Immobilien- und Wertpapiermarkt, die Flucht in Sachwerte sowie der Rückgang der privaten Möglichkeiten zur Altersvorsorge und Vermögensbildung bei weniger vermögenden Schichten könnten Vorboten einer in die Tiefe abgedrängten Nachhaltigkeitsskrise sein.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

VII.

CORONA-MANAGEMENT ALS BLAUPAUSE FÜR EINE POLITISCH GELENKTE WIRTSCHAFT?

„[...] die Kämpfe um die Deutungshoheit möglicher Zukünfte sind in vollem Gange.“²⁶⁶

1. WAS ALLES GEHT: NEUE LUST AM NEO-DIRIGISMUS?

beck-shop.de
ÜBERZEICHNETE APOKALYPSE

Hätte man im Jahr 2019 sachverständige Ökonomen gefragt, was eigentlich mit einer Wirtschaft passiert, die durch staatliche Lockdown-Maßnahmen in wichtigen Sektoren gelähmt wird, so wäre vermutlich mindestens eine schwere und folgenreiche Rezession vorausgesagt worden. Vielleicht hätte man sogar den Kollaps nationaler Volkswirtschaften oder fiskalisch schwacher europäischer Staaten prognostiziert, wenn über Monate große Teile des gesellschaftlichen Lebens, der Tourismus, stationärer Einzelhandel, Gastronomie, Individual- und Handelsverkehr stillgestellt oder eingeschränkt werden würden. Ganz so schlimm ist es nicht gekommen. Dieser Eindruck prägt sich vielleicht tiefer ein als eine Rezessionsdelle, die bei den meisten (vor allem den nicht davon unmittelbar Betroffenen) rasch vergessen sein wird. Gewiss: Rezession, Verschärfung sozialer Ungleichheit, fiskalische Engpässe oder Insolvenzen sind spürbare Folgen der großflächigen Maßnahmen zur Eingrenzung des Infektionsgeschehens.

„Die Corona-Pandemie führte in Deutschland zum stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung in einem Quartal seit Beginn der vierteljährlichen Volkswirtschaft-

lichen Gesamtrechnungen im Jahr 1970. Aufgrund der kräftigen Erholung über den Sommer dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einer Zuwachsrate von -5,1% auf das gesamte Jahr 2020 gesehen ungefähr so stark zurückgehen wie im Jahr 2009 während der globalen Finanzkrise.“²⁶⁷

Und doch ist das apokalyptische Szenario ausgeblieben, größere Probleme werden eher an der „Peripherie“ der Schwellenländer erwartet.²⁶⁸ Trotz aller Härten bis hin zu Existenzvernichtungen, Zerstörung von Vermögenssubstanzen, Verzweiflung von Freiberuflern, Künstlerinnen und Gastronomen, sind insgesamt die führenden Volkswirtschaften nicht systemisch oder von einer selbstverstärkenden Abwärtsspirale bedroht. Das, was manche zu Beginn der Pandemie befürchtet hatten, ist so nicht eingetreten.²⁶⁹

Der gelähmten Wirtschaft in Sektoren mit Publikumsverkehr stand ein vergleichsweise blühender Export gegenüber. Die Globalisierung, die angeblich durch die Pandemie an ein Ende kommen sollte, federte die Folgen nationaler Maßnahmen deutlich ab. Doch zu einem späteren Zeitpunkt, im Frühjahr 2021, wirkte sich die Pandemie als Störung innerhalb von Lieferketten immer noch aus.²⁷⁰ Die herrschende Nullzinsphase – sozusagen als Medianbeschreibung eines Standes der geldpolitisch gesteuerten Finanzmärkte zwischen niedrigen Zinsen und Negativzinsen – erlaubte es vor allem den starken Staaten, viel Geld über Kreditaufnahme in die Hand zu nehmen und für Überbrückungshilfen oder Konjunkturimpulse zu zahlen und neue Infrastrukturprojekte aufzulegen. Die Kraft reichte speziell in Europa, um unter Nutzung der Bonität stärkerer Volkswirtschaften auch mit ökonomisch und fiskalisch schwächeren Staaten Solidarität zu zeigen. Geld im Überfluss hat geholfen und es hilft weiter. Manche fragen sich, warum plötzlich das geht, vor dem vorher viele gewarnt haben.

AM ENDE ALTER ERKLÄRUNGSMUSTER STEHT NEUER OPTIMISMUS

Im Sommer 2021 dominiert nicht die Furcht, dass im makroökonomischen Ordnungsgefüge langfristig etwas Gravierendes durcheinander oder gar außer Kontrolle geraten könnte. Es herrscht Optimismus. Die Ökonomik kann bislang nicht wirklich überzeugend erklären, warum die Diskrepanz zwischen Geldmengenentwicklung und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu keiner Inflation führt. Aber stört das den

politischen Betrieb? Hier sinkt ohnehin die Bereitschaft, dem Rat ordoliberaler oder geldpolitisch restriktiv orientierter Ökonomen zu folgen. Es macht sich der Eindruck breit, die moderne Wirtschaft verfüge in ihrer Produktivitätsentwicklung und in ihrer globalen und digitalen Konnektivität über weitaus mehr Potenziale, als dass sie mit staatlichen Lenkungsmaßnahmen so ohne weiteres erdrosselt werden könnte. Hat die Corona-Pandemie mit den nationalen Lockdown-Maßnahmen nicht bewiesen, wie viel staatlichen Dirigismus die Volkswirtschaften vertragen, ohne wirklich in die Knie zu gehen?

Es hat einmal eine Zeit gegeben, Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, da wollte der linke Flügel der damaligen Kanzlerpartei SPD die Belastbarkeit der Wirtschaft testen.²⁷¹ Damals musste man aber mit raschen Ausschlägen in punkto Inflation, Währungsstabilität, Rückgang des Wachstums und steigender Arbeitslosigkeit als Antwort rechnen. Was wäre aber, wenn die Volkswirtschaften heute, verglichen mit den siebziger Jahren und erst recht verglichen mit den Jahren seit 1929 in der großen Weltwirtschaftskrise, eine geradezu inhärent stabile Robustheit aufwiesen, die dem politischen System viel mehr Freiheitsgrade ließe?

beck-shop.de
GEHT DA NOCH MEHR?
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zeigt die internationale Reaktion auf die Corona-Krise mit ihren Lockdown-Maßnahmen, Mobilitäts- und Kontaktbeschränkungen, Eingriffen in Produktion und Transport nicht auch, was Regierungen alles erreichen können und wie elastisch die Wirtschaft dennoch bleibt? Sind die Warnungen von Ökonomen und Unternehmensverbänden vor den schlimmen Folgen des staatlichen Dirigismus für die Aussicht von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit nur Erfindungen, interessengeleitete Übertreibungen? Und wenn das so wäre, zeigt nicht die Corona-Erfahrung, dass ein tiefgreifender Mentalitätswechsel möglich ist und der Staat nicht darauf warten muss und kann, dass dieser alltagskulturell irgendwann von alleine einsetzt?

„Die Covid-19-Pandemie fordert uns auf zu reflektieren, was eigentlich das Gute Leben [...] ausmacht. Für Politik und Planung ergeben sich wichtige Impulse, die Sicherung der Grundbedürfnisse – Gesundheit, Zeitwohlstand [...], materielle Grundsicherung – in den Mittelpunkt der (institutionellen) Aufgaben und des Interesses zu stellen.“²⁷²

Vor allem, wenn man Wachstumskritik und eine Klimadebatte einblendet, die als Notstandslage inzwischen breit wahrgenommen ist, stellt sich die Frage, ob das Corona-Management nicht eine Blaupause für eine markante politische Lenkung der Wirtschaft liefert.

2. VORBILD FÜR DAS MANAGEMENT DES KLIMANOTSTANDS

„ÖKOLOGISCHE PLANWIRTSCHAFT“ ODER NOTWENDIGE VERWANDLUNG EINES ERHITZTEN PLANETEN?

Nicht nur Journalisten haben im Verlauf der Pandemie die Frage gestellt, was denn eigentlich die Corona-Pandemie vom Klimanotstand unterscheidet, der doch in seinen globalen Auswirkungen womöglich das weit gewichtigere Problem sei.²⁷³ Extremwetterlagen wie im Frühsommer 2021 in Kanada mit Rekordtemperaturen von über 50 Grad, mit Todesfällen und anschließenden Waldbränden oder die todbringende Flut an Ahr und Erft im Juli 2021 machen sinnbildlich, was dem Planeten droht, wenn Kippunkte erreicht und überschritten werden. Die Klimawissenschaft kann nicht sagen, wann diese Punkte erreicht sind, von wo aus sich Prozesse wie die allmähliche Erwärmung des Planeten nicht mehr linear fortsetzen, sondern ein anderer Systemzustand entsteht, der in seinen Auswirkungen nicht mehr modellierbar und vorhersehbar ist. Aber alles deutet darauf hin, dass die anthropogene Erwärmung des Planeten das Erreichen solcher Kippunkte nicht irgendwann, sondern möglicherweise schon in diesem Jahrhundert wahrscheinlicher macht. Deshalb geht es darum, durch Begrenzung der Klimaerwärmung solche ultimativen Katastrophenszenarien zumindest unwahrscheinlicher zu machen.

KLIMASCHUTZENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Mitten in der Pandemie hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts seinen Klimabeschluss verkündet. Die Parallele zur Corona-Pandemie und zum dort praktizierten Schutz von Leben und Gesundheit durch staatliche Begrenzungsmaßnahmen kann leicht gezogen werden.